

## 45. TAGUNG

**CG(2023)45-19**  
2. Oktober 2023

# Die Notlage von Anti-Kriegs-Aktivistinnen und politischen Gefangenen in Russland

Berichtersteller<sup>1</sup>: Leendert VERBEEK, Niederlande (R, SOC/G/PD)

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung)..... 2

### Zusammenfassung

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine geht einher mit einem intensivierten harten Vorgehen gegen Dissidenten in Russland. Die Unterdrückung der oppositionellen Stimmen und der Stimme der Zivilgesellschaft ist erheblich schärfer geworden, und jene, die sich gegen den Krieg aussprechen, werden unter Anwendung neuer Gesetze verfolgt.

Der Kongress bedauert diese wachsende Unterdrückung oppositioneller Aktivistinnen und zeigt sich solidarisch mit jenen, die zu Unrecht wegen der Äußerung ihrer Meinung inhaftiert sind und die für die demokratische Zukunft Russlands kämpfen und fordert u.a. die Aufhebung von Gesetzen, die mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar sind.

---

<sup>1</sup> L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen  
EPP/CCE: Europäische Volkspartei im Kongress  
SOC: Sozialistische Gruppe  
ILDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe  
ECR: Europäische Konservative und Reformisten  
NR: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören

## ENTSCHLIESSUNGSENTWURF

1. Seit der großangelegten militärischen Invasion der Ukraine durch Russland am 24. Februar 2022, die Russen gesetzlich verpflichtet sind, als „militärische Spezialoperation“ zu bezeichnen, wurde die vorherrschende systematische Unterdrückung der oppositionellen Stimmen und der Stimme der Zivilbevölkerung erheblich ausgeweitet.

2. Im März 2022 wurden Gesetze erlassen, die das so genannte „Diskreditieren der Armee“ und die Verbreitung „wissentlich falscher Informationen“ über die russischen Streitkräfte unter Strafe stellen. Alexei Gorinow, Kommunalabgeordneter aus dem Bezirk Krasnoselsky in Moskau, der sich während einer Kommunalsitzung gegen den Krieg aussprach, war der erste, der nach den neuen Gesetzen zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt wurde. Ilja Jaschin, ein weiterer Kommunalabgeordneter desselben Bezirks, wurde ebenfalls wegen der „Verbreitung falscher Informationen“ zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt.

Kommunalpolitiker aus anderen Regionen wurden ebenfalls der gleichen Taten angeklagt, u.a. Oleg Nepein aus der Oblast Saratow, der in Untersuchungshaft sitzt, und Anatoly Arseew aus der Oblast Archangelsk, gegen den strafrechtlich ermittelt wird. Viele weitere wurden verfolgt oder haben das Land aus Angst vor Inhaftierung verlassen.

3. Weitere Gesetze wurden verabschiedet, um Aktivitäten und Demonstrationen von NGOs und zivilgesellschaftlichen Aktivisten zu verbieten. Das Äußern von Kritik am Krieg und Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen wurden zu „Straftaten“ erklärt, für die Aktivisten, wie Wladimir Kara-Murza, der im April 2023 zu 25 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, ins Gefängnis gehen, und zahlreiche weitere Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, jugendliche Aktivisten und politische Oppositionelle können nun verhaftet, verfolgt und verurteilt werden.

4. Andere Kritiker des Krieges, auch wenn sie nicht verhaftet werden, werden als Verräter, Spione oder ausländische Agenten gebrandmarkt, wobei diese Bezeichnungen in vielen Fällen zum Verlust des Arbeitsplatzes und zu Restriktionen im Privatleben und im Leben ihrer Familien führen.

5. Es ist angesichts der bestehenden erstickenden und toxischen Atmosphäre nahezu unmöglich, den wahren Grad der innerstaatlichen Zustimmung zum oder des Widerstands gegen den Krieg zu ermessen.

6. Der Kongress der Gemeinden und Regionen:

a. bedauert und verurteilt nachdrücklich die wachsende Repression all jener durch die russischen Behörden, die Widerstand und Kritik äußern;

b. steht solidarisch an der Seite all jener, die unrechtmäßig wegen des Äußerns ihrer Meinung inhaftiert sind, an der Seite ihrer Familien und all jener, die gegenwärtig in Russland zum Schweigen gebracht werden;

c. fordert die umgehende und bedingungslose Freilassung aller friedlichen zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivisten, denen in Russland die Freiheit entzogen wurde;

d. fordert die Abschaffung aller Gesetze, die mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar sind;

e. fordert europäische Städte und Regionen, und insbesondere „Flüchtlingsstädte“, auf, ihren Schutz auch auf pro-demokratische Aktivisten auszuweiten, die aus Russland fliehen;

f. verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Demokratie in Russland siegen wird, so dass es Frieden in der Ukraine gibt und die Stabilität in Europa gesichert ist;

g. weist seinen Präsidenten an, diese EntschlieÙung an die russischen Behörden weiterzuleiten.